



## Gut oder gar nicht

*In beharrlichem Dialog mit Politikern aller Parteien warnt die Ärzteschaft vor einem primär parteipolitisch motivierten Kompromiß zwischen Regierungskoalition und SPD zur Reform der ambulanten Versorgung.*

Es liegen vier Gesetzentwürfe zur weiteren Reform des Gesundheitswesens vor. Ab Mai soll im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat ein Kompromiß zwischen Regierungskoalition und SPD- bzw. rot-grün regierten Ländern gefunden werden.

Beim Kassenärztetag am 16. März in Bonn, über den in diesem Heft ausführlich berichtet wird (Seiten 11 ff.), hat die Ärzteschaft ihre Position erneut deutlich gemacht: Die Vorstellungen der Bonner Regierungskoalition zur Reform des ambulanten Bereichs sind im wesentlichen unschädlich, jedoch stecken in allen Entwürfen Gefahren. So ist die von der Koalition vorgesehene Form der Praxisklinik einschließlich des Rechts der Krankenkassen, unabhängig von jeglicher Bedarfsplanung mit jedem Arzt Verträge auch über stationäre Leistungen abzuschließen, so nicht akzeptabel.

Ein solches Einkaufsmodell, das Vertragsärzte und Kliniken in eine völlig sinnlose Konkurrenzsituation bringen würde, darf es nicht geben. Es ist wahrscheinlich, daß dieser Vorschlag umgehend vom Tisch sein wird. Führende Politiker der Koalition haben bereits eingesehen, daß dieser Vorschlag so nicht verwirklicht werden kann.

Hier zeigt sich, daß der nun seit fast drei Jahren gepflegte Dialog der Ärzteschaft mit der Politik gewisse Früchte trägt. Wir haben die Zusage des Bundesgesundheitsministers und sogar des Bundeskanzlers, daß die nächsten Reformschritte nur im Einvernehmen mit der Ärzteschaft verwirklicht werden. Von der Situation des Herbstes 1992, in dem eine „große Koalition“ der Gesundheitspolitiker in Lahnstein das Gesundheitsstrukturgesetz ohne Gespräche mit der Selbstverwaltung auf den Weg gebracht hat, glauben wir uns derzeit ein gutes Stück entfernt.

Wenig erfolgreich war bisher der ebenfalls intensiv gesuchte Dialog mit den Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen. Die konkreten Gesetzesvorschläge der SPD laufen auf einen Systemwechsel hinaus, der die Freiberuflichkeit unseres Berufsstandes weiter beschädigen sowie dem Gesundheitswesen insgesamt und damit der Qualität der medizinischen Versorgung schlecht

bekommen würde. Der Gesetzentwurf ist auch in der SPD selbst nicht unumstritten.

Insbesondere die Absicht, die Krankenhäuser als Institutionen für die ambulante Versorgung zu öffnen, paßt nicht zu unserem derzeitigen System, in dem einem freien Beruf und seiner Selbstverwaltung die Sicherstellung der ambulanten Versorgung übertragen ist. Eine unmittelbare Konkurrenz zu einem mit öffentlich finanzierten Investitionen geschaffenen Angebot würden viele der freiberuflich tätigen Gebietsärzte wirtschaftlich nicht überleben. Dabei sind die Bürger mit deren Leistungen höchst zufrieden, wie eine aktuelle, repräsentative Umfrage zeigt.

Eine bessere Zusammenarbeit zwischen den in freiberuflicher Praxis tätigen Kolleginnen und Kollegen und den Ärztinnen und Ärzten im Krankenhaus ist ein von der Ärzteschaft selbst verfolgtes Ziel. Das läßt sich aber systemkonform nur durch personale Verbindungsstrukturen erreichen, nicht durch eine Erweiterung des Auftrags für die Institution Krankenhaus auch auf die ambulante ärztliche Versorgung.

Wir legen sehr großen Wert darauf, daß unser Wort von der „Zerstörung des im Prinzip bewährten Systems der Krankenversorgung“ nicht als billige Polemik zu deuten ist. Vielmehr geht es uns darum, daß in weiteren Dialogen unsere ernstesten Sorgen aufgegriffen werden. Die Hauptsorge ist, daß sich das Vermittlungsverfahren doch so entwickeln wird, daß ein „Lahnstein 2“ daraus wird. Wir sagen: Einen primär parteipolitisch motivierten Kompromiß darf es nicht geben. Die Ärzteschaft will eine Reform, die Sinn macht. Wenn abzusehen ist, daß diese nicht gelingt, soll es besser jetzt gar keine Reform geben, sondern statt dessen einen ganz neuen Anlauf.

*Prof. Dr. Jörg Hoppe  
Präsident der Ärztekammer  
Nordrhein und Vizepräsident  
der Bundesärztekammer*

*Dr. Winfried Schorre  
Vorsitzender der Kassenärztlichen  
Vereinigung Nordrhein und der  
Kassenärztlichen Bundesvereinigung*